

**Vorlage Nr. 101.19.165**

**12. Juli 2021**  
**1 von 1**

## **Auftrag zum Milieuschutz endlich umsetzen**

### **Antrag**

### **zur Überweisung in den Ausschuss für Stadtentwicklung, Mobilität und Verkehr**

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird aufgefordert, bis zum Jahresende die Vorbereitungen zur Einführung von Milieuschutzsatzungen abzuschließen (Vorlagen-Nr. 101.18.1718). Im Herbst 2021 wird über den Stand der Untersuchungen berichtet.

### **Begründung:**

Die Stadtverordnetenversammlung hat im August 2020 beschlossen, die Voraussetzungen für die Einrichtung von Milieuschutzsatzungen durch Untersuchungen vorzubereiten (Vorlagen-Nr. 101.18.1718). Im Dezember 2020 hat Christof Nolda in einer Beschlusskontrolle dargelegt, dass die Prüfung aufgrund personeller Engpässe erst im Jahr 2022 erfolgen soll. Stattdessen hat die städtische Verwaltung ohne entsprechenden Beschluss im Rahmen des Wohnraumversorgungskonzepts die Einführung eines Mietspiegels geprüft. Dazu gab es keinen Beschluss der Stadtverordnetenversammlung. Im Gegenteil wurde öffentlich bislang von der Mehrheit der Stadtverordnetenversammlung ein Mietspiegel abgelehnt, weil er durch fehlende Betrachtung der Bestandsmieten droht, die Mietpreise nach oben zu treiben. Ein Milieuschutz dagegen dient dem Schutz der jetzigen Mieter\*innen. Der Milieuschutz muss nun prioritär vorangetrieben werden.

Berichterstatter/-in:            Stadtverordnete Luisa Sümmerrmann

gez. Lutz Getzschmann  
Fraktionsvorsitzender